

Pressemitteilung
Berlin, 28.01.2025

Ein Strategie-Update für die Klimapolitik 55 Handlungsempfehlungen für die nächste Legislaturperiode

In der kommenden Legislaturperiode wird sich entscheiden, ob Deutschland sein nationales Klimazwischenziel in 2030 erreicht. Dafür müssen die Treibhausgasemissionen um 65% gegenüber 1990 gemindert werden. Dasselbe Ziel bindet Deutschland im Rahmen der Europäischen Lastenteilung. Was muss getan werden, damit das gelingt? Antworten darauf geben 55 Handlungsempfehlungen der Stiftung Klimaneutralität für die Bereiche Energie, Industrie, Verkehr, Gebäude und Landwirtschaft. Die Empfehlungen wurden heute in Berlin der Öffentlichkeit vorgestellt. Aus Sicht der Stiftung müssen die klimapolitischen Instrumente so umgebaut werden, dass sich alle Menschen anpassen können.

Rainer Baake, Co-Direktor der Stiftung Klimaneutralität: „Die Ampel-Regierung hat klimapolitisch insbesondere im Energiesektor viel erreicht. Aber es ist bislang nicht gelungen, Klimapolitik so zu gestalten, dass alle Menschen den Umstieg auf klimafreundliche Technologien schaffen können. Die Sorge vor finanzieller Überforderung ist in den vergangenen Jahren gewachsen. Steigende CO₂-Preise im Rahmen des Emissionshandels werden diesen Prozess beschleunigen, wenn bei der Förderung der Haushalte und der Finanzierung der Infrastruktur nicht umgesteuert wird. Die grundsätzlich hohe Zustimmung zu den Klimazielen würde dadurch gefährdet. Viele Teile des etablierten klimapolitischen Instrumentenmixes müssen jetzt radikal umgebaut werden. Bislang sind die Vorreiter finanziell gefördert worden, um klimafreundliche Technologien, etwa besonders effiziente Häuser oder Elektroautos, am Markt zu etablieren. Klimaneutralität gerade im Gebäude und Verkehrssektor kann jedoch nur erreicht werden, wenn es Lösungen für alle Schichten der Gesellschaft gibt. Dazu machen wir konkrete Vorschläge. Prioritäten müssen radikal verändert werden.“

Thomas Losse-Müller, Co-Direktor der Stiftung Klimaneutralität: „Die nächste Bundesregierung wird sehr schnell grundlegende Reformen umsetzen müssen. Wir schlagen vor, alle klimapolitischen Maßnahmen durch eine einheitliche Sozialstaffel am Einkommen zu orientieren. Durch dieses Instrument können wir auch ein soziales Klimageld umsetzen, das zielgenau die Menschen erreicht, die eine Entlastung angesichts steigender Preise benötigen. Die einheitliche Sozialstaffel ist auch für die Modernisierung des deutschen Sozialstaates ein wichtiger Schritt.“

Eine einheitliche Sozialstaffel sorgt für zielgenauen Klimaschutz

Durch ein nach Einkommen gestaffeltes soziales Klima-Geld sollen 60 Prozent der Bevölkerung einen Ausgleich für steigende CO₂-Preise erhalten. Die ausgezahlte Summe soll jährlich der Hälfte der Einnahmen aus der ETS-II-Bepreisung entsprechen. Eine bürokratiearme Prüfung des Anspruches soll über die Nutzung der neu eingeführten einheitlichen Sozial-Staffel erfolgen. Diese wird mit Hilfe bereits bei den Finanzämtern vorliegende Einkommensdaten berechnet werden.

Die Sozialstaffel soll auch für alle weiteren klimapolitischen Instrumente genutzt werden. Beispielsweise für die Auszahlung der BEG-Förderung. Dadurch erreichen diese Instrumente die ganze Breite der Bevölkerung. Dasselbe gilt für Förderung von kostengünstigen E-Autos.

406 Milliarden Euro bis 2030 für sozialen und effektiven Klimaschutz

Für die Minderung der CO₂-Emissionen um 65% bis 2030 geht die Studie von einem zusätzlichen öffentlichen Finanzbedarf in Höhe von rund 406 Mrd. Euro aus. Diese Mittel sollen über einen Mix an Maßnahmen mobilisiert werden. Zentrales Instrument ist dabei eine Reform der Schuldenbremse und die Bildung eines verfassungsrechtlich abgesicherten Sondervermögens für Klimaschutz.

Damit könnten Investitionen wie der Ausbau der Bahn, des regionalen öffentlichen Verkehrs und die Förderung der Industrie verlässlich finanziert werden. Losse-Müller: „Auf Deutschland und seine Bevölkerung kommen enorme finanzielle Belastungen zu, wenn die Erreichung der Klimaziele nicht im vereinbarten Tempo gelingt. Deshalb ist es wichtig, die Transformationsaufgaben jenseits wechselnder politischer Mehrheiten und unvorhergesehener Krisen abzusichern.“

Niedrigere Strompreise für Haushalte und Industrie

Im Bereich Energiepolitik schlägt die Studie weitere Schritte zur Senkung der Strompreise vor. Rainer Baake: „Zu hohe Strompreise behindern die für Klimaneutralität notwendige umfassende Elektrifizierung. Im globalen Vergleich führt das zudem zu einer Einschränkung der Wettbewerbsfähigkeit der energieintensiven Unternehmen in Deutschland. Dies trifft besonders für die Stahlindustrie und Grundstoffchemie zu.“

Zur Senkung der Strompreise soll die Stromsteuer dauerhaft auf ihr EU-rechtlich zulässiges Minimum von 0,05 ct/kWh für Gewerbe und auf 0,1 ct/kWh für nicht-gewerbliche Nutzung gesenkt werden. Die Kosten für die Förderung der Erneuerbaren Energien sollen gedeckelt werden, indem Neuanlagen zukünftig über alle Technologien hinweg nicht mehr als 10 Cent/kWh erhalten. Der Neubau von Hochspannungsleitungen erfolgt zukünftig über Freileitungen. Netzentgelte werden durch Zuschüsse aus dem Bundeshaushalt und eine öffentliche Beteiligung an den Übertragungsnetzbetreibern gesenkt.

Zur Beschleunigung des Markthochlaufs von Wasserstoffprojekten schlägt die Stiftung den Aufbau von Leitmärkten zur Sicherung der Nachfrage vor. So soll der Bund Quotenregelungen für den Einsatz von grünem Wasserstoff in den verschiedenen Anwendungsbereichen einführen, etwa eine jährlich steigende Quote für grünes Ammoniak (NH₃) in Stickstoffdünger.

Klimafreundliche Mobilität durch bessere Planung

Im Verkehrsbereich fordern die Autoren der Handlungsempfehlungen, den Bundesverkehrswegeplan an das Klimaschutzgesetz anzupassen. Die neue Bundesverkehrswegeplanung soll nicht nur bis 2040, sondern bis zum Zieljahr der Klimaneutralität 2045 aufgesetzt und die Nutzen-Kosten-Analyse der Verkehrsprojekte wird auf die Reduktion von CO₂-Emissionen ausgerichtet. Zu den weiteren Maßnahmen gehören u.a. eine Reform der Kfz-Steuer zur Förderung emissionsfreier Antriebe, der Ausbau der öffentlichen Nahverkehrssysteme, die Einführung eines Tempolimits auf Autobahnen von 130 km/h und eine Reform der Pendlerpauschale.

Thomas Losse-Müller: „Mit einer Reform der Pendlerpauschale werden die ungleichen Vorteile unterschiedlicher Einkommensgruppen beseitigt. Zukünftig wird ein fixer Betrag pro Wegkilometer von der Steuerschuld statt vom zu versteuernden Einkommen abgezogen. Somit erhalten alle Steuerpflichtigen den gleichen Entlastungsbetrag pro Kilometer, unabhängig von ihrem Einkommen.“

Weitere Informationen:

Die Handlungsempfehlungen der Stiftung Klimaneutralität tragen den Titel „Politikinstrumente für ein klimaneutrales Deutschland – 55 Empfehlungen für die 21. Legislaturperiode (2025-2029)“. Sie stehen zum kostenlosen Download zur Verfügung unter:

www.stiftung-klima.de/app/uploads/2025/01/Politikempfehlungen_2025.pdf

Über die Stiftung Klimaneutralität

Die Stiftung Klimaneutralität hat im Juli 2020 in Berlin ihre Arbeit aufgenommen. Ihr Ziel ist es, Wege zur Klimaneutralität aufzuzeigen. Sie entwickelt in enger Kooperation mit anderen Denkfabriken sektorübergreifende Strategien für ein klimagerechtes Deutschland. Auf der Basis von guter Forschung will die Stiftung informieren und beraten – jenseits von Einzelinteressen. www.stiftung-klima.de

Pressekontakt:

- Michael Schroeren, Leiter Medien, Stiftung Klimaneutralität
presse@stiftung-klima.de, Tel. +49 157 92343584